

Bündnis 90/Die Grünen

Fraktion im Gemeinderat der Stadt Heidenheim

Michael Sautter, Fraktionsvorsitzender

Heidenheim, 08. November 2018

Stellungnahme zum Haushaltsplan 2019

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

kurz und bündig möchte ich mich mit meiner letzten Etatrede an Sie wenden. Nicht etwa, weil der Haushaltsplan nach neuem Recht uninteressanter geworden wäre, sondern weil in meinen vergangenen Reden zum städtischen Zahlenwerk – im Jahre 1981 begann ich den Reigen – ungeheuer viel beantragt, angeregt und vorgeschlagen wurde. Immer mit dem Ziel, dem Planwerk - und somit der Stadtpolitik meiner Heimatstadt - eine grüne Ausrichtung zu geben.

Einiges wurde zwischenzeitlich verwirklicht, doch viele Themen harren noch immer ihrer Umsetzung.

Der neuen Gemeinderatsliste der Grünen, der ich bekanntlich nicht mehr angehören werde, wünsche ich daher schon heute ein erfolgreiches Abschneiden bei der Kommunalwahl am 26. Mai 2019, verbunden mit dem Wunsch, dass die neue Fraktion bemüht ist, Unerledigtes engagiert aufzuarbeiten.

Aus heutiger Sicht wird die Stadtpolitik für die Verwaltung und den neuen Gemeinderat in der kommenden Legislaturperiode alles andere als einfach.

Investitionen im bisherigen Umfang werden nicht mehr finanzierbar sein. Dringend notwendige Sanierungsprojekte, wie zum Beispiel das Werkgymnasium, tauchen in der mittelfristigen Finanzplanung gleich gar nicht mehr auf.

Und auch der laufende Stadtbetrieb wird an tiefgreifenden Einschnitten, vor allem bei den freiwilligen Leistungen, nicht vorbeikommen, wenn der Ergebnishaushalt nicht dauerhaft in den roten Zahlen landen soll, wie es sich ja bereits ab dem Jahr 2021 abzeichnet.

Noch deutlicher verschärfen könnte sich die Situation durch sich verändernde gesamtwirtschaftliche Einflüsse. Der Konjunkturmotor, der - entgegen allen wissenschaftlichen Erkenntnissen – bereits seit zehn Jahren brummt, beginnt zu stottern.

Sinkende Steuereinnahmen, geringere Zuweisungen von Bund und Land und nicht zuletzt eine ungewisse Zinsentwicklung könnten das politische Alltagsgeschäft ganz schnell zusätzlich belasten.

Mit Blick auf unsere Schulden konnten wir lange Zeit eine schwarze Null schreiben und somit unser selbst gestecktes Ziel einer Verschuldungsbergrenze verwirklichen. Die Nachbarstädte in unserer Region blicken durchweg auf eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung. Doch ich befürchte, dass bei schwindenden Eigenmitteln, wie sie sich bis 2022 abzeichnen, auch bei uns schon bald der Weg in eine höhere Verschuldung unumgänglich sein wird.

Um diese Entwicklung bereits im Jahr 2019 etwas abfedern zu können, stellen wir einige Anträge, die eine leichte Ergebnisverbesserung im Auge haben, aber auch den investiven Bereich im Finanzhaushalt tangieren.

1. Leider stellt unsere Gewerbesteuer keine wirklich verlässliche Ertragsgrundlage dar. Meist bedingt durch Steuernachzahlungen und Planabweichungen entwickelte sie sich in der Vergangenheit sehr volatil. Ein Ertrag in Richtung 40 Millionen – im Jahr 2015 waren es immerhin über 36 Millionen – würde uns bei der Bewältigung unserer vielfältigen und wichtigen Aufgaben deutlich helfen.

26 Millionen sind zu wenig, weshalb wir einen Sprung nach oben wagen und eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes um 30 Punkte auf 390 bereits für 2019 beantragen.

Der Aufschrei bei der Grundsteuer, die wir dieses Jahr angehoben haben, blieb aus; ich hoffe auch unsere Gewerbetreibenden werden diesen Schritt verstehen.

2. Auf der Ertragsseite beim Produkt „Parkplätze“ beantragen wir außerdem eine Erhöhung der Parkgebühren im öffentlichen Straßenraum um 50.000 Euro auf 500.000 Euro
3. Die Pacht für die Rathaus – Tiefgarage in Höhe 150.000 Euro erwirtschaftet noch nicht einmal den Abschreibungsbedarf von 185.000 Euro; ein Ärgernis, das sich auch mittelfristig fortsetzt. Das Risiko scheint bei der Stadt und nicht beim privaten Betreiber zu liegen. Wir beantragen daher Nachverhandlungen mit dem Ziel, wenigstens ein neutrales Ergebnis zu erzielen. Wie gestalten sich denn demnach die Pläne bei der Verpachtung des WCM – Areal an Apcoa?

4. Mit dem interkommunalen Gewerbegebiet zwischen Königsbronn und Oberkochen sind wir zu schnell unterwegs (hohe Planungshürden), weshalb wir beantragen, nicht nur die Transferleistungen (40.000 Euro) für den Zweckverband zu streichen, sondern auch die 250.000 Euro für die Kreditfinanzierung des Grunderwerbs.
5. Im Teilhaushalt 3, Produkt „Verkehrswesen“ sehen wir noch Luft nach oben, weshalb wir den Antrag stellen, die anteiligen ordentlichen Erträge auf 1.300.000 Euro festzusetzen. Der Überwachungsdruck beim fließenden und ruhenden Verkehr scheint noch lange nicht auszureichen, um die Verkehrsmoral in unserer Stadt spürbar zu verbessern.
6. Beim Produkt „Betreuung und Förderung der Integration von Flüchtlingen“ schließen wir dank der Hilfe des Landes mit einem positiven Ergebnis von über 400.000 Euro ab. Aus diesem Grund sollten wir den finanziellen Spielraum zum Teil nutzen und uns den zahlreichen Städten anschließen, die sich bereit erklärt haben, aus Seenot gerettete Flüchtlinge aus dem Mittelmeer aufzunehmen. So wurde, beispielsweise dieser Tage erst ein interfraktioneller Antrag in der Landeshauptstadt gestellt.

Dem Beispiel möchten wir folgen und bitten Sie daher schon heute um ihre Unterstützung.

7. Im Teilhaushalt „Kultur“ belastet zwar die Stadtbibliothek mit über 2 Millionen als Ganzjahresbetrieb das Ergebnis erheblich, doch auch unsere Festspiele schlagen mit einem jährlichen negativen Ergebnis, das sich in die Richtung von einer Million bewegt, deutlich zu buche. Aufwendungen und Erträge, so unser Antrag, sind daher mittelfristig ab 2020 so zu gestalten, dass der Bedarf von 800.000 Euro nicht überschritten wird.
8. Im investiven Bereich beantragen wir die Streichung der Mittel in Höhe von 200.000 Euro für den sogenannten Hansegispass, wie sie erstmals in 2022 geplant sind.
9. Im Teilhaushalt 1, Produkt „Gebäudebewirtschaftung“ ist ein Betrag von 290.000 für den Umbau und den Abbruch des Anbaus beim Elmar-Doch-Haus als Investitionsmaßnahme vorgesehen. Wir stellen den Antrag, diese Mittel zu streichen, da das Vorhaben städtebaulich und funktional erst gründlich überdacht und diskutiert werden muss.
10. Die Mittel für Grundstückskäufe sind nicht erst ab dem Jahr 2020 deutlich zu verringern, sondern bereits ab dem nächsten Jahr, weshalb wir einen reduzierten Ansatz von einer Million beantragen.
11. Nach dem Motto „Lasst Blumen sprechen“ sollte das wenig erfreuliche Erscheinungsbild unserer Innenstadt – insbesondere das der Altstadt – aufgewertet werden. Wir beantragen daher, dass ein Blumen- und Blütenkonzept entwickelt wird,

um es im nächsten Jahr mit Beginn der warmen Jahreszeit umsetzen zu können. 30.000 Euro die beim Produkt „Grün und Parkanlagen, Stadtentwicklung“ als Eventualposition eingeplant sind, könnten hierfür verwendet werden.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, wünsche ich uns harmonische Etatberatungen, denn Harmonie und Frohsinn, so hat es unser Oberbürgermeister in China erkannt, sind ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg.

In diesem Sinne hoffen wir, dass auch der Haushaltsplan nach neuem Recht noch vor Weihnachten erfolgreich verabschiedet werden kann.

Dank an den Kämmerer und die Verwaltung.

Michael Sautter,
Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen